

## **Der 7-Punkte-Forderungskatalog des Verbandes der Österreichischen Software-Industrie (VÖSI) an die neue österreichische Bundesregierung**

**Wien, 10. Februar 2009, Der Verband der Österreichischen Software-Industrie - VÖSI ist die Interessensvertretung der für österreichische Verhältnisse großen Softwareproduzenten und – dienstleister. Auf einer Pressekonferenz hat der VÖSI heute einen Forderungskatalog an die österreichische Bundesregierung präsentiert.**

„Österreich ist ein „heimliches Softwareland“! Eine Tatsache, die leider viel zu Wenige wissen. Neben der Software gibt es in Österreich kaum ein anderes Intelligenzprodukt, das dank der hier verfügbaren Expertenkenntnisse mit einer so hohen und im Land verbleibenden Wertschöpfung produziert wird. Nach neuesten Analysen liegt diese absolut sogar über dem in der Öffentlichkeit als weit wichtiger wahrgenommenen Tourismus.

Leider wird die Bedeutung der heimischen SW-Industrie von der öffentlichen Hand nicht nur nicht gewürdigt, sondern lässt auch die Wertschätzung und Unterstützung sehr zu wünschen übrig. Daher sieht sich der VÖSI gezwungen, sich als Interessensvertretung an die Öffentlichkeit zu wenden.

Die beiden aktuell dominierenden Veränderungen, nämlich die durch die Finanzkrise notwendig werdenden Konjunktur- und Belebnungsmaßnahmen und die Formierung einer neuen Bundesregierung lieferten den dringenden Anlass, dass sich der Verband auf Basis seiner Sach- und Fachkompetenz mit Vorschlägen und Empfehlungen in die Diskussion zur notwendigen Erneuerung der österreichischen Wirtschaft einbringt.

Der Präsident des VÖSI, Prof. Ing. Peter Kotauczek und Vertreter des VÖSI-Vorstandes haben sieben Forderungen an die Bundesregierung herangetragen und detailliert dargelegt, damit die heimische SW-Industrie endlich die Bedeutung bekommt, die die betroffenen Unternehmen und ihre Mitarbeiter verdienen.

- 1. Verstärkter IKT Einsatz in der öffentlichen Verwaltung**
- 2. Qualitativ überdurchschnittliche und intensive Bildung von Fachpersonal**
- 3. Verbesserte Konditionen inkl. der Kapitalisierung von IKT-Unternehmensgründungen**
- 4. Intensivierung und Professionalisierung des Austausches zwischen Wissenschaft/Forschung und der Softwarebranche**
- 5. Schaffung eines verbesserten Investitionsklimas durch einen langfristig orientierten, umfassenden IKT Masterplan der Bundesregierung**

- 6. Sichtbarmachung und Promotion der nationalen Software-Leistungspotentiale als ein wesentlicher Baustein des international zu kommunizierenden Wirtschaftsprofils Österreichs**
- 7. Weiterentwicklung der öffentlichen Breitband-Infrastruktur in Richtung einer höherwertigen Service-Infrastruktur als konjunkturbelebende Investition auch in die „unsichtbare“ Intelligenz-Infrastruktur (Bildung, Forschung, Software).**

Die Forderungen im Detail:

### **Ad 1. Verstärkter IKT Einsatz in der öffentlichen Verwaltung**

Der Einsatz von IKT, insbesondere von Software, führt in der Verwaltung zur Steigerung der Effizienz und Anhebung des Service-Levels und der Service-Qualitäten gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft bei gleichzeitiger Reduktion der Kosten.

IKT stellt *die* wichtige Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung. Neben der physischen Infrastruktur ist auch in die „immaterielle“ Infrastruktur, womit das „Wissens- und Könnenspotential“ des Landes gemeint ist, zu investieren. In Österreich ansässige Softwarehäuser benötigen den lokalen Markt als Basis für die anschließende Ausweitung auf den Weltmarkt. Österreich verfügt im Bereich IKT / Software über nur wenige große Betriebe bzw. Headquarter, sodass die lokale, zuliefernde IKT-Wirtschaft unter einem Mangel an größeren, innovations- und risikofreudigen Erst-Kunden leidet. Von der öffentlichen Verwaltung bzw. von der im öffentlichen Eigentum stehenden Unternehmen inkl. dem Gesundheitswesen wird daher erwartet, dass sie verstärkt Pilot- und Demonstrationsinstallationen von Lösungen fördern, die in Österreich entwickelt werden bzw. deren Produzenten eine hohe lokale Wertschöpfung garantieren.

### **Ad 2. Förderung von überdurchschnittlich qualifiziertem IKT-Humankapital in Österreich**

Die Republik Österreich muss intensiv und erkennbar in die IKT-Ausbildung investieren. Das sollte auf allen Ausbildungsstufen, also von der Volksschule bis zur Universität dazu führen, dass zur Beherrschung der Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft auch im internationalen Maßstab bestens gebildete Entwickler wie auch Nutzer von IKT und damit von Software heranwachsen.

Nach allen Erkenntnissen zur Standortpolitik ist die Verfügbarkeit von solcherart ausgebildetem Personal der stärkste Anreiz für Betriebsansiedlungen bzw. – ausbauten. Derzeit arbeiten ca. 110.000 Beschäftigte in der österreichischen IKT-Wirtschaft, davon ~ 6.000 in Forschung und Entwicklung, d.h. im fachlich höchstqualifizierten Bereich. Um im internationalen Wettbewerb weiter bestehen zu können, der sich zunehmend auf technisch höherem Niveau abspielt, muss die Anzahl von derzeit 2.400 Absolventen mit einem IKT-Abschluss an den heimischen Hochschulen verdoppelt bis verdreifacht werden.

### **Ad 3. Förderung und Kapitalisierung von IKT-Unternehmensgründungen**

Die Softwarewirtschaft ist neben der Kreativwirtschaft die dynamischste Branche in Österreich. Daher ist die Weiterentwicklung der Gründerszene mittels lokaler IKT-

Cluster und durch gezielt geförderte Spin-Offs aus den Universitäten und Forschungseinrichtungen heraus zu fördern. Komplementär zu dieser Strategie muss die Belebung des Kapitalmarktes z.B. durch Bereitstellung von Venture Capital unter besseren Bedingungen angegangen werden. Österreich rangiert in der Risikofinanzierung neuer Unternehmen am untersten Ende - um nicht zu sagen ist Schlusslicht - unter den hoch entwickelten, westlichen Wirtschaftsnationen, was angesichts des überdurchschnittlichen Reichtums des Landes als unverständlich erscheint.

#### **Ad 4. Direktere und intensivere Vernetzung und ein echter Wissensaustausch zwischen der IKT-Wirtschaft und den universitären wie auch außeruniversitären Forschungseinrichtungen.**

Der VÖSI engagiert sich dafür, dass den Universitäten und den Forschungseinrichtungen eine adäquatere Vorstellung darüber vermittelt wird, was die österreichische Wirtschaft und Verwaltung in einer größeren Entwicklungsperspektive an IKT-Technologien und Software-Dienstleistungen benötigen wird, wie auch umgekehrt die österreichische IKT-Wirtschaft Impulse, Ideen und eine Perspektive hinsichtlich neuer Optionen von Technologien und Problemlösungen der nächsten Generation von der Akademia vermittelt bekommen und diesen Input in ihr Innovationsmanagement einbeziehen will. Der VÖSI hat großes Interesse an der Antizipation der Entwicklungen von morgen, nicht zuletzt, um seinerseits die Anhaltspunkte liefern zu können, welche Qualifikationen in der IKT-Wirtschaft von morgen gefordert sein werden, die die Bildungseinrichtungen schon heute in ihre Studienkonzeption aufzunehmen haben. Nichts ist gegenüber den Studierenden von heute ungerechter, als sie an den Bedürfnissen des zukünftigen Marktes vorbei zu qualifizieren.

#### **Ad 5. Schaffung langfristiger Planungsgrundlagen durch einen IKT-Masterplan**

Um allen Beteiligten in der Verwaltung, in der Forschung und in den am Markt aktiven IKT-Unternehmen eine orientierende Vision wie auch eine daraus abzuleitende Planungssicherheit zu geben, erwartet sich die softwareorientierte IKT-Wirtschaft einen gesamthaften, nationalen IKT-Masterplan, der keineswegs in Stein zu meißeln, sondern laufend fortzuschreiben sein wird.

Es liegen genügend viele, auch aktuelle Studien und Konzepte zur IKT-Wirtschaft und deren Bedeutung für die Zukunftspotentiale und für die Standortentwicklung vor, diese werden aber mehrheitlich in Schubladen abgelegt oder geistern als „nichttote“ Papiere über Jahre durch die Verwaltungen, bis die Zeit über sie hinweg gegangen ist. Gerade in Zeiten, in denen der Konjunktur wieder Antrieb gegeben werden muss, ist es angesagt, jetzt umgehend in eine Phase der Umsetzung der essentiellen Vorschläge aus diesen Studien einzusteigen.

Ein wesentlicher Gegenstand des vom VÖSI erwünschten „Generalplans“ muss auch die Reformierung der rechtlichen Rahmenbedingungen sein mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen IKT / -Software-Wirtschaft im Vergleich zu international konkurrierenden Regionen zu verbessern. Das betrifft insbesondere eine größtmögliche Flexibilität im Arbeitsrecht, Schutz und Bewertung von geistigem Eigentum u.a.m.

## **Ad 6. Den Stellenwert der IKT-Branche für den Standort Österreich erkennen, würdigen und ihm die adäquate Aufmerksamkeit widmen**

Die IKT-Branche in Österreich erwirtschaftet ein Vielfaches anderer Branchen, die im öffentlichen Bewusstsein stärker präsent sind. Die Bruttowertschöpfung der IKT / Softwarewirtschaft ist lt. einer 2008 veröffentlichten Analyse in Wien mehr als sechs Mal und im übrigen Österreich mehr als zwei Mal so groß wie die des Tourismus, hat aber sowohl im aktuellen Regierungsprogramm als auch in den politischen Prioritäten wie auch in der hierarchischen Verankerung in der Regierung weder einen entsprechenden Status noch eine adäquate Wahrnehmung.

Es ist längst überfällig, dass den scheinbar „unfassbaren“ und oft unverstandenen Themen in der IKT / Software-Wirtschaft nun auch eine entsprechende Würdigung und Kompetenz auf Regierungsseite gegenübergestellt werden muss. Die Mindestforderung in diesem Zusammenhang ist, dass die Regierung einen wirklichen, auch politisch bevollmächtigten CI(T)O („Chief Information (Technology) Officer“) auf Bundesebene mit direkter Berichtslinie zu einem Minister bzw. zum Bundeskanzler einrichtet, der gemeinsam mit den CIO`s bzw. CIO-ähnlichen Funktionsträgern in den Ministerien und den Länderregierungen die öffentliche IKT-Strategie entwickelt, sowie deren Fortschreibung und kontinuierliche Realisierung betreibt. (Als Vorbild können hier die skandinavischen Länder und insbesondere Finnland dienen).

## **Ad 7. Weiterentwicklung der öffentlichen Breitband-Infrastruktur in Richtung offener und zugleich sicherer Serviceplattformen zur Bereitstellung von softwarebasierten Diensten**

Die prognostizierte Steigerung des Bedarfs an Computerkapazitäten sowie in der Zurverfügungstellung breitbandiger Netzkapazitäten (aktuelle Stichworte: Cloud-Computing, Server-Farmen, Grid-Computing) wie sie heute schon durch Anbieter wie Google, Wikipedia oder eBay vorausgesetzt und von diesen Firmen in Eigenregie bereitgestellt werden, zieht eine neue Form der Softwarenutzung nach sich: Software wird nicht mehr nur in vielen Kopien am Ort der Nutzung, d.h. am „eigenen“ Computer zur Verfügung gestellt, sondern zunehmend durch Dienste realisiert, die über das Netz zu beziehen und von relativ einfachen Endgeräten zu verarbeiten sein werden.

Die Ermöglichung solcher Dienste und deren sicherer und datengeschützter Betrieb sind durch entsprechende Investitionen und Regulierungen seitens der öffentlichen Hand zu garantieren.

Die durch den VÖSI repräsentierte Software-Industrie ist die prototypische Intelligenz-Industrie des rohstoffarmen Österreichs schlechthin, die es überhaupt erst ermöglicht, dass Breitbandsysteme die Effekte und Nutzen erzeugen, die von ihnen erwartet werden. Eine Investition in Software ist eine echte „Hebelinvestition“, d.h. ein Euro investiert in Software bzw. Softwareentwicklung bewirkt schon direkt ein Vielfaches an Nutzen, aber erst recht ein Über-Vielfaches an Folgenutzen z.B. durch Produktivitätssteigerungen in Bereichen wie der Industrieproduktion oder im Verwaltungsmanagement.

**Presseinformation:**

**Klaus Veselko**  
Pressesprecher

**Kurt Dornheim**  
Generalsekretär

---

**Verband Österreichischer Software Industrie**

Trattnerhof 2, A-1010 Wien

tel: +43-1-5330913-78

fax: +43-1-5330913-77

E-Mail: <mailto:office@voesi.or.at>

<http://www.voesi.or.at>